

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 26.09.2018
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:15 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

Freie Wähler

Frau Heike Christmann
Herr Dipl.-Ing. Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Joachim Karcher
Herr Roni Lörch
Herr Karl-Heinz Ried
Herr Oliver Walch

CDU

Herr Reinhard Dummler
Frau Ingeborg Haese-Sandner
Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried
Herr Dr. Martin Rupp
Frau Dr. Karla Schelp
Herr Günter Sing

SPD

Herr Reinhard Haas
Herr Walter Hoffer
Herr Edgar Huck
Frau Cornelia Nürnberg
Herr Klaus Steigerwald

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther
Herr Andreas Hartmann
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

Ortsvorsteher

Herr Hans-Gerhard Kleiner

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Herr Jürgen Augenstein (Top 3)

Frau Petra Goldschmidt
Frau Stefanie Kappler
Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß
Herr Dr. Klaus Rösch
Frau Stefanie Kappler (Top 4)

Sachverständige

Herr Holger Fuhr (Top 3)
Herr Pfarrer Kabbe (Top 4)
Frau Petra Schippalies (Top 6 und7)

Abwesend:

Frau Hielta Schlifkowitz e
Herr Peter Kiesinger e

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe zur Beschaffung einer Drehleiter DLA(K) 23-12 für die Feuerwehr Karlsbad nach europaweiter Ausschreibung**
Vorlage: 10/0604/2018
- 4 **Beratung und Beschlussfassung über die Bedarfsplanung Kindergärten (2018/2019)**
Vorlage: 10/0606/2018
- 5 **Beratung und Beschlussfassung über den Eigentümerantrag zu den Bebauungsplänen "Speicherstraße I", "Schneidergärten II" und "1. Änderung Schneidergärten II"**
Vorlage: 60/0577/2018
- 6 **Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung des Bebauungsplans "Schneidergärten II" in Karlsbad-Langensteinbach**
 1. Abwägung und Entscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen
 2. Fassen des Satzungsbeschlusses**Vorlage: 60/0575/2018**
- 7 **Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungs-**

**plan und die örtlichen Bauvorschriften "Erweiterung
Stöckmädle/FFW" in Karlsbad-Ittersbach**

**1) Abwägung und Entscheidung über die eingegangenen
Stellungnahmen**

2) Fassen des Satzungsbeschlusses

Vorlage: 60/0616/2018

- 8 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Am
Fischweier 2
Bauantrag: Nutzungsänderung in eine Gaststätte mit Ho-
telbetrieb
Grundstück: Am Fischweier 2, Spielberg, Flst.Nr. 3684/4
Vorlage: 60/0597/2018**
- 9 **Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung
einer Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung nach §
34 BauGB "Rathausplatz Spielberg".
Vorlage: 60/0601/2018**
- 10 **Beratung und Beschlussfassung über Nachtragsangebo-
te zur Sanierung der Straße „Im Stöckmädle“, BA I
Vorlage: 60/0617/2018**
- 11 **Beratung und Beschlussfassung über die Auftrags-
vergabe des zweijährigen Kommunalvertrages (2018-
2020) der Gemeinde Karlsbad über Unterhaltungsmaß-
nahmen im Tief- und Straßenbau
Vorlage: 60/0618/2018**
- 12 **Genehmigung von Protokollen**
- 13 **Verschiedenes**
- 14 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 18.09.2018 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 24 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 20.09.2018 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rädle Roland ,Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 Bekanntgaben

Keine.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

GR Reinhard Haas (SPD) weist darauf hin, dass neben der momentan laufenden Sanierung der Albtalquerspange die Landesstraße im Albtal Richtung Neurod schwer beschädigt sei und bittet die Verwaltung, dies weiter zu melden.

GR Klaus Steigerwald (SPD) sagt, dass es bei der Zugänglichkeit des SVS – Vereinsheims durch Auswärtige Probleme infolge der Baustelle Karlsruher Straße gegeben hätte. Ortsbaumeister Ronald Knackfuß sagt, dass es sich um eine sehr kurzfristige Maßnahme handelt (Dünnbettsanierung) und die Straße bereits heute wieder befahrbar ist.

GR Roland Rädle (CDU) fragt, ob der Verwaltung schon eine Initiative zur Verlängerung des Probebetriebs der Buslinie 117/118 um ein halbes Jahr vorliege. Es mache Sinn, wegen der Sperrung im Palmbach sich dazu Gedanken zu machen. Der Vorsitzende sagt, dass man heute Abend geplant habe, im nichtöffentlichen Teil dazu zu berichten. Das Vorgehen der Verwaltung sei so wie vorgeschlagen. Man habe dem Landratsamt mitgeteilt, dass die Gemeinde eine verlängerte Probephase um ein halbes Jahr befürworte, wenn alle anderen Beteiligten dem auch zustimmten.

zu 3 Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe zur Beschaffung einer Drehleiter DLA(K) 23-12 für die Feuerwehr Karlsbad nach europaweiter Ausschreibung Vorlage: 10/0604/2018

Der Kommandant der Karlsbader Feuerwehr, Holger Fuhr, nimmt am Verwaltungstisch Platz. Der Sachbearbeiter der Gemeinde Karlsbad für die Feuerwehr, Jürgen Augenstein, erläutert den Sachverhalt anhand der wichtigsten Fakten. Die derzeit in Betrieb befindliche Drehleiter der Feuerwehr Karlsbad ist Baujahr 1990 und habe somit den nach der Feuerwehrkonzeption für 2015 vorgesehenen Ausmusterungszeitpunkt deutlich überschritten.

Finanzielle Auswirkungen:

639,7 TEUR Kaufpreis incl. aller Nebenkosten
249,0 TEUR Landeszuschuss (in 2019/2020/2021)
124,5 TEUR Kreiszuschuss (mit Fahrzeugübernahme)
266,2 TEUR Anteil Gemeinde Karlsbad
750,0 TEUR Haushaltsansatz DHH 2017/2018; davon
209,0 TEUR in 2018 noch benötigt
Einsparung insgesamt:
110,3 TEUR geringere Ausgaben gegenüber ursprünglicher Planung

Abläufe der Ausschreibung

04.10.2017 Beschluss des Gemeinderates zur Ausschreibung
Beauftragung GT-Service zur Erstellung der Unterlagen
Werksbesichtigungen bei den möglichen Aufbauherstellern
Vorführung von Drehleitern der möglichen Aufbauhersteller in Karlsbad
Erstellung Anforderungsprofil für Drehleiter durch Arbeitskreis Drehleiter der Abteilung Langensteinbach unter Kommandant Fuhr
Abstimmung Anforderungsprofil mit Herrn Schwarze (Beschaffungsverantwortlicher BF Stuttgart für GT-Service)
Weitere Anpassungen und Korrekturarbeiten Ausschreibung, Entfallen von verzichtbaren Optionen, herstellernerneutral, ohne spezielle Anforderungen
Abstimmung mit Kreisbrandmeister
29.05.2018 Bekanntmachung öffentlicher Teilnahmewettbewerb im europäischen Amtsblatt, Bereitstellung der Bewerbungsunterlagen auf der Homepage der Gemeinde
13.07.2018 Bewertung der eingegangenen Teilnahmeanträge und Zulassung aller Bewerber zur Abgabe eines Angebotes, Übersenden der Angebotsunterlagen (LV)
22.08.2018 Submissionstermin zur Eröffnung der vier abgegebenen Angebote (alle bekannt und leistungsfähig)

Die Details zu dem Wertungsverfahren der Lose 1 und 2 (Beladung der Fahrzeuge) und der zusätzlichen Optionen (Pulverbeschichtung Rolläden in gelb und Kamera zur Überwachung der Abstützungen vom Fahrerhaus aus) sowie die Ergebnisse der Ausschreibungen werden ausführlich dargestellt. Erfreulich sei, so Augenstein, das sein Kreiszuschuss von 124.500 Euro zugesagt wurde.

Die GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler), Roland Rädle (CDU), Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) sowie GR Reinhard Hass (SPD) und der Vorsitzende bedanken sich bei den Feuerwehrausschussmitgliedern sowie der Feuerwehr insgesamt für deren Arbeit in Zusammenhang mit dem Verfahren.

Jürgen Augenstein erläutert auf Nachfrage, dass es sehr schwer sei, die alte Drehleiter noch verkaufen zu können. Aufgrund der Normen hätten sich beim europaweiten Ausschreibungsverfahren nur deutsche Anbieter gemeldet.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge die Auftragsvergabe zur Beschaffung einer Drehleiter DLA(K) 23-12 und die Finanzierung gemäß der Darstellung der finanziellen Auswirkungen für folgende Lose beschließen:

Los 1: Fahrgestell, Aufbau und aufbauspezifische Beladung
zum Gesamtpreis von 601.997,20 EUR an die Fa. Magirus GmbH in Ulm und

Los 2: Feuerwehrtechnische Beladung
zum Gesamtpreis von 19.360,12 EUR an die Fa. Bastian Feuerwehrtechnik OHG in Karlsruhe.

Einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 4 Beratung und Beschlussfassung über die Bedarfsplanung Kindergärten
(2018/2019)
Vorlage: 10/0606/2018**

Der Vorsitzende erläutert zu Beginn, dass Karlsbad bei der Kinderbetreuung erhebliche Investitionen geleistet habe und auch immer wieder versuche, das Angebot so bedarfsgerecht wie möglich zu gestalten. Man müsse jedoch auch aufpassen, dass der Gemeinde die Kostenspirale nicht davonlaufe, der hohe Aufwand resultiere unter anderem aus dem allgemein hohen Standard in Baden-Württemberg. Die Gemeinde übernehme einen sehr großen Teil der Finanzierung der Kinderbetreuung bei einem Elternanteil von lediglich 15 Prozent.

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner stellt den Sachverhalt und die Bedarfsplanung ausführlich vor. In der aktuellen Bedarfsplanung gehe es schwerpunktmäßig nicht um Investitionen, sondern darum, die Angebote und Strukturen zu überarbeiten. Im März 2018 habe es 584 Plätze für die Über-3-Jährigen (Ü3 – 77 Prozent der Kinder) und 177 Plätze für die Unter-3-Jährigen (U3 – 23 Prozent der Kinder) gegeben. Damit seien 59 Prozent aller Kinder U 3 versorgt, bei den Kinder Ü 3 seien alle benötigten Plätze vorhanden.

Bei den **Geburtenszahlen** sei nach der Zunahme in den letzten Jahren 2018 wieder mit einem deutlich niedrigeren Wert (Prognose 103), gegenüber 2017: 169, 2016: 161, 2015: 135 und 2014: 158 zu rechnen.

Die **auswärtigen Kinder** nehmen – wie politisch gewünscht – ab von 102 im Jahr 2014 auf 75 im Jahr 2017. Ziel sei, die Plätze in Karlsbad vorrangig Karlsbader Kinder zur Verfügung zu stellen. Für die auswärtigen Kinder in Karlsbad habe die Gemeinde ca. 126.000 Euro erhalten, lediglich 21 Kinder seien außerhalb der Gemeinde untergebracht gewesen. Dafür bezahle die Gemeinde ca 39.000 Euro.

Die **Angebotsstrukturen** mussten zwingend überarbeitet werden. Die Fachaufsicht habe 2017 darauf hingewiesen, dass durch die sogenannten “Flex-Angebote” die zulässigen Plätze überschritten und nicht mehr durch die Betriebserlaubnis abgedeckt seien. “Flex Angebote” sind Angebote für die Eltern, ganz flexible, nach ihren Wünschen und (wechselnden) Bedarfen für einzelne Wochentage (an einem, an zwei oder drei Tagen pro Woche) oder gar für komplett frei wählbare “Inseltage” eine Ganztagsbetreuung buchen zu können. Nachdem diese völlige Flexibilität nicht mehr möglich war, habe die Gemeinde eine Bedarfsumfrage in den Kindergärten durchgeführt und danach in Einzelgesprächen mit den Einrichtungen besprochen, wie die Angebote bedarfsgerecht und sinnvoll dargestellt werden können. Ziel sei gewesen, innerhalb eines Ortsteils und in Karlsbad ein vielfältiges Angebot ohne Überkapazitäten zu schaffen und keine Doppelstrukturen ohne Bedarf vorzuhalten. Die neu geschaffenen Strukturen hätten keine Auswirkungen auf Schließung von Gruppen oder gar Einrichtungen. Der Personalschlüssel ändere sich je nach Einrichtung, der Kostenaufwand bleibe gleich. Nach drei Jahren – wenn sich die neuen Angebote eingespielt hätten – wolle man diese wieder überprüfen.

Ein wichtiges Thema seien die **Randzeiten in Krippengruppen**. Randzeiten sind die Zeiten, in denen bis zur Hälfte der Kinder der jeweiligen Höchstgruppenstärke anwesend sind. Nach der Regelung der Fachaufsicht beginnt die Hauptzeit mit der Personalvorgabe von 2 Fachkräften ab 6 Kindern. In Karlsbad sei bereits jetzt der Standard höher, nämlich bereits ab 5 Kindern käme eine zweite Fachkraft hinzu. Dies entspricht auch den neuesten Empfehlungen des KVJS und der „Deutschen Liga für das Kind“. Die Träger hätten beantragt, dass bereits ab dem 3. Kind eine zweite Fachkraft hinzukommen soll. Dieser Betreuungsschlüssel wird vom Landesjugendamt wie auch von der „Deutschen Liga für das Kind“ für die Betreu-

ung von Säuglingen zwischen 0 und 1 Jahr empfohlen. Die Verwaltung schlage vor, dies ab dem 4. Kind zu praktizieren. Umfragen in anderen Gemeinden hätten ergeben, dass Karlsbad hier einen besseren Schlüssel habe.

Bei den **Finanzen** seien die gestiegenen Zuweisungen vom Land (Anstieg um 146.000 Euro) zwar positiv, jedoch seien die Betriebskosten stärker gestiegen (Anstieg um 239.000 Euro). Insgesamt habe die Gemeinde von den gesamten Betriebskosten in Höhe von ca. 5,5 Millionen Euro 4,2 Millionen Euro übernommen.

Bei den **Elternbeiträgen** sei leider der prozentuale Kostendeckungsgrad trotz Gebührenerhöhung von 16,3 % im Jahr 2016 auf 15,8 % im Jahr 2017 zurückgegangen. Von der vom Gemeindegtag empfohlenen Kostendeckung von 20 % habe sich Karlsbad somit noch weiter entfernt. Man wolle wie vom Gemeindegtag empfohlen die Gebühren für die Ü-3-Betreuung um 3 % zum 01.01.2019 erhöhen. Bei einer Familie mit 2 Kindern – Kind A 5 Jahre alt, Kind B 2 Jahre alt und der Betreuungsform Verlängerte Öffnungszeit mit 6,5 Stunden am Tag steigen die Kosten von 280 Euro auf 304 Euro pro Monat. Bei der U-3-Betreuung liegen die Gebühren weiter deutlich unter den Vorgaben. Die Verwaltung schlage eine Erhöhung um 8, 5 und im GT – Bereich um 11 % vor. Im GT Bereich habe man in den letzten Jahren geringere Erhöhungen umgesetzt als in anderen Bereichen. Dies führe auf Dauer zu ungerechten Gebühren.

Unabhängig von den bereits erfolgten **Investitionen** werden die Einrichtungen Kleine Strolche, sowie der Pestalozzi Kindergarten auf Grund der baulichen und örtlichen Gegebenheiten in den nächsten Jahren neu errichtet werden müssen.

Bei der **Kernzeitbetreuung** habe man mit 230 Plätzen eine Versorgungsquote von 42 % und sei damit deutlich besser als der Landkreis. Die Gebühren sollen analog zu den Kindergartengebühren um 3 % steigen. Die Kosten für das Mittagessen bleiben gleich, ebenso der Nachlass für jedes weitere Kind von 15 %.

In der **Diskussion** betont der Vorsitzende eingangs, dass für die Kinderbetreuung in Karlsbad ein umfangreiches und gutes Angebot bestehe, es jedoch auch gelte, die Kosten im Rahmen zu halten. Pfarrer Kabbe nimmt Stellung zu dem Antrag der Träger auf Erhöhung des Personalschlüssels in den Randzeiten auf 2 Fachkräfte bereits ab 3 Kinder. Er bedankte sich beim Gemeinderat für den finanziellen Beitrag der Gemeinde und erläuterte u.a., dass die Erzieherinnen im Gegensatz zu den Tagesmüttern mehr machten als die reine Betreuung. Es sei generell immer möglich, einen besseren Betreuungsschlüssel als gesetzlich vorgegeben umzusetzen und die Kinder intensiver zu betreuen. Kleine Kinder bräuchten auch mehr Zeit.

Der Vorsitzende sagt, dass das gemeindliche Angebot über das des Fachverbandes hinausgehe und die Gemeinde immer mehr finanziell in die Bresche springen müsse. Dies resultierte auch daraus, dass die Kostenbeiträge der Kindergartenträger und Nutzer (Eltern) zurückgingen.

Die Sprecher im Gemeinderatsgremium bedanken sich für die umfangreiche Ausarbeitung des Bedarfsplanes, die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher und betonen, dass das Angebot sehr gut und umfassend sei. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) betont die enormen Steigerungen des Zuschussbedarfs der Gemeinde und die sinkende Deckungsquote der anderen Mitfinanzierer. Bei den Randzeiten sei der Vorschlag der Verwaltung der äußerste Kompromiss. GR Roland Rädle (CDU) lobt die Arbeit aller Beteiligten und ergänzt, dass auch andere Bevölkerungsgruppen Bedarfe hätten die mit Finanzwünschen verbunden seien. Im Schulbereich investiere die Gemeinde beispielsweise sehr viel. Die Kinder in den Einrichtungen seien mehr als gut versorgt – auch im Landkreisvergleich. Die Randzeitenregelung, die die Verwaltung vorschlage sei das äußerst Mögliche. Deutlich positioniert sich GR

Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne). Man baue das Angebot permanent aus und sollte eigentlich zufrieden sein. Er verstehe überhaupt nicht, warum versucht werde, einen Keil zwischen der Verwaltung und den Beteiligten zu treiben. Die Träger stellten unverständlicherweise immer höhere Forderungen, die von den Trägern vorgeschlagene Randzeitenregelung sei überzogen. GR Reinhard Haas (SPD) signalisiert ebenfalls Zustimmung bis auf die Erhöhung im Bereich U 3 für 1 Kind. Pfarrer Kabbe argumentiert nochmals für die verbesserte Betreuung. Der Vorsitzende gibt u.a. zu bedenken, dass die Umsetzung des Pestalozzi-Kindergarten noch auf die Gemeinde zukäme. Auch die Kinder in der KITA „Die kleinen Strolche“ könnten auf Dauer so nicht untergebracht bleiben. Die Gebühren für die Eltern könnten nicht beliebig hochgeschraubt werden und die Träger seien in der Verantwortung, die Bedingungen für die Betriebserlaubnis einzuhalten. Er bedankt sich für die Arbeit der Erzieherinnen und lässt auf Antrag aus dem Gemeinderat einzeln über die Beschlussvorschläge abstimmen.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge

1. Den überarbeiteten Angebotsstrukturen in Karlsbad zustimmen (S. 28 ff)
2. Der Regelung der zusätzlichen Betreuungskraft ab dem 4. Kind in den Randzeiten zustimmen
3. Der Festsetzung der Elternbeiträge gem. Anlage S. 43 und 44 zustimmen
4. Der Anpassung der Gebühren für Familien mit vier und mehr Kindern zustimmen (S. 40 und Gebührentabellen S. 43/44)
5. Der Gebührenordnung für die Kernzeitbetreuung zustimmen (S. 48/49)
6. Der Betriebskostenabrechnung inkl. Defizitübernahmen der Kita „Die kleinen Strolche“ zustimmen

Über jeden Punkt wird einzeln abgestimmt – alle einstimmig mit Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0 bis auf Punkt 3: Dort wird mit 22 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung zugestimmt.

**zu 5 Beratung und Beschlussfassung über den Eigentümerantrag zu den Bebauungsplänen "Speicherstraße I", "Schneidergärten II" und "1. Änderung Schneidergärten II"
Vorlage: 60/0577/2018**

Joachim Guthmann von der Bauverwaltung hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Empfehlung an den Gemeinderat:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, den Antrag der Grundstückseigentümer wie folgt zu entscheiden:

- a) die Grundstücke Flst.Nr. 225 und 226 werden vollständig in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Speicherstraße I“ einbezogen. Die Beschlussfassung ist im Zuge des Bebauungsplanverfahrens „Speicherstraße I“ zu berücksichtigen.
- b) dem Antrag auf Herausnahme der Grundstücke Flst.Nr. 8848 und 8848/1 aus dem Bebauungsplan „Schneidergärten II“ wird nicht gefolgt.

c) die Festsetzungen des Bebauungsplanes „Schneidergärten II“ für die Überschneidungsbereiche mit dem aufzustellenden Bebauungsplan „Speicherstraße I“ ersetzt. siehe „Sachverhalt“ – Empfehlung der Verwaltung

Einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 6 Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung des Bebauungsplans "Schneidergärten II" in Karlsbad-Langensteinbach
1. Abwägung und Entscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen
2. Fassen des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 60/0575/2018

Die Planerin Petra Schippalies erläutert auf Wunsch des Gremiums nochmals die Historie und die Inhalte der Vorlage mit Abwägungsvorschlägen. Ziel sei 1986 wie aktuell, ein Baurecht für jedes geschaffene Grundstück zu schaffen. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat beschließt:

1. Die zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften „Schneidergärten II, 1. Änderung 2014“ vorgetragenen Anregungen und Stellungnahmen werden wie in den Anlagen „S04_Abwägung_1_2015“ und „S04_Abwägung_2_2018“ dargestellt bewertet und beschlossen.

2. Die Satzung zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften „Schneidergärten II, 1. Änderung 2014“ (Anlage: S00a_Satzung_Schneidergärten II Änd_180709 – einschließlich deren als weitere Anlagen beigefügten Bestandteile) wird beschlossen.

Einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften "Erweiterung Stöckmädle/FFW" in Karlsbad-Ittersbach
1) Abwägung und Entscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen
2) Fassen des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 60/0616/2018

Planerin Petra Schippalies erläutert die Vorlage und konzentriert sich dabei auf die relevanten Anmerkungen seitens Naturschutz und Baurecht. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat beschließt:

1. Die zum Bebauungsplan „Erweiterung Stöckmädle/FFW“ vorgetragene Anregungen und Stellungnahmen werden wie in der Anlage „S06_180915_FFW_Abwägung“ dargestellt bewertet und beschlossen.

2. Die Satzung zum Bebauungsplan „Erweiterung Stöckmädle/FFW“ (Anlage: S000_180914_FFW_Satzung – einschließlich deren als weitere Anlagen beigefügten Bestandteile) wird beschlossen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

**zu 8 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Am Fischweier 2
Bauantrag: Nutzungsänderung in eine Gaststätte mit Hotelbetrieb
Grundstück: Am Fischweier 2, Spielberg, Flst.Nr. 3684/4
Vorlage: 60/0597/2018**

Joachim Guthmann hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat wolle das Gemeindeeinvernehmen zu dem beantragten Bauvorhaben erteilen.

Einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 9 Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung einer Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung nach § 34 BauGB "Rathausplatz Spielberg".
Vorlage: 60/0601/2018**

Joachim Guthmann hält Sachvortrag. Es gehe darum ein Baurecht für die Grundstücke zu schaffen. Das neu modifizierte Baurecht (§ 13 b BauGB) – zu dem man gewechselt sei – ermögliche ein zügigeres und einfacheres Verfahren so dass voraussichtlich zum Jahresanfang 2019 ein Satzungsbeschluss möglich wäre. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Rathausplatz Spielberg“ fassen.

Einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 10 Beratung und Beschlussfassung über Nachtragsangebote zur Sanierung der Straße „Im Stöckmädle“, BA I
Vorlage: 60/0617/2018**

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß hält Sachvortrag. Im Bau- Planungs- und Umweltausschuss habe man ausgiebig über die Thematik diskutiert und einstimmig beschlossen, die Nachträge zu billigen. Trotz durchgeführtem ausführlichem Bodengutachten seien im Verlauf

der Baumaßnahme andere Ergebnisse zustande gekommen die zu den genannten Maßnahmen geführt hätten. Der Vorsitzende ergänzt, dass die Mehrkosten so und so entstanden wären, sie seien nicht vorhersehbar gewesen. Auf Nachfrage von Grin Heike Christmann (Freie Wähler) meint der Ortsbaumeister, dass man bei den weiteren Bauabschnitten zeitnah Beprobungen durchführen werde. Man hoffe, dass die alte Führung des Heerweges so liege, wie man momentan denke. Der Zeitplan bei der Baumaßnahme werde eingehalten. Ende Oktober rechne man mit dem bituminösen Ausbau und Mitte November soll die Straße fertig gestellt sein. Eine weitere Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung bittet den Gemeinderat, den Nachträgen Nr. 1 bis 6 zuzustimmen. Die überplanmäßigen Kosten in Höhe von ca. 150.000 € werden durch HH-Mittel der nichtausgeführten Maßnahme „Zum Wiesengrund“ finanziert.

Einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 11 Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe des zweijährigen Kommunalvertrages (2018-2020) der Gemeinde Karlsbad über Unterhaltungsmaßnahmen im Tief- und Straßenbau
Vorlage: 60/0618/2018**

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß hält einen kurzen Sachvortrag anhand der Vorlage. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Auftrag des 2-jährigen Kommunalvertrages der Gemeinde Karlsbad über Unterhaltungsmaßnahmen im Tief- und Straßenbau (Vertragszeitraum 01.10.2018 - 30.09.2020) an den preisgünstigsten Bieter, die Firma Artur Weiler GmbH & Co. KG, Karlsruhe-Stupferich, mit einem Aufgebot von 6 % zu erteilen.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 12 Genehmigung von Protokollen

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 25.7.2018 wird einstimmig genehmigt.

zu 13 Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert über das Richtfest der Kita im Stöckmädle.

Die Gemeinde habe eine Zuwendung zum Bau des Feuerwehrgerätehauses in Ittersbach über 233.000 Euro erhalten.

Für das geplante Seniorenzentrum in Ittersbach müsse ein Bebauungsplanverfahren in die Wege geleitet werden.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) verweist auf fehlende Angabe zu Einsparungen in einem Dokument des Rechnungsamtes. Man einigt sich darauf, Einsparsummen ab 100.000 Euro darzustellen.

zu 14 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson